



Bundesrat berät über EEG-Reform

Zyprien: "Verlässliche, saubere und bezahlbare Stromversorgung ist gemeinsame Aufgabe." **Mehr erfahren**



Editorial



Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie © Dominik Butzmann

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen und Monaten hat die Bundesregierung mit den Bundesländern intensiv um einen Konsens bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gerungen. Eine grundsätzliche Einigung über Ausrichtung und Ziele haben wir beim unserem Spitzengespräch am 1. April erreicht, wofür ich sehr dankbar bin.

Die Zustimmung der Länder zur EEG-Reform ist mir deshalb so wichtig, weil wir diese große Aufgabe nur gemeinsam meistern können. Mir ist klar: Der Kompromiss lässt auch Interessen unberücksichtigt; Einschränkungen, die zur Kostenminderung führen, belasten bisher Begünstigte. Deshalb waren die Entscheidungen zum Beispiel im Bereich der Eigenversorgung und auch bei der Biomasse nicht leicht. Sie sind aber erforderlich, um die Energiewende auf Erfolgskurs zu halten. Am Ende zählt die Zustimmung der Stromverbraucher für diese Energiewende. Vor diesem Hintergrund können wir auf notwendige Einschnitte nicht verzichten.

Wir sind uns grundsätzlich mit den Ländern einig, nun darf es durch Änderungen nicht zu weiteren Kostensteigerungen kommen. Denn auch auf der Zielgeraden gilt für mich weiterhin: Wir dürfen die Reform des EEG nicht an Einzelinteressen orientieren, sondern wollen einen breiten Konsens über das

übergeordnete Interesse unseres Landes erreichen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir dies auch schaffen können. Damit wir die EEG-Novelle als erstes großes Reformvorhaben für die Weiterentwicklung der Energiewende wie geplant noch vor der Sommerpause verabschieden.

Ihr
Sigmar Gabriel

Bundesrat berät über EEG-Reform

Zypries: "Verlässliche, saubere und bezahlbare Stromversorgung ist gemeinsame Aufgabe."



© Bundesrat / Frank Bräuer

Der Bundesrat hat sich in der vergangenen Woche mit zwei zentralen Gesetzentwürfen zur Energiewende befasst: Zusammen mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) stand auch die Besondere Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen auf der Tagesordnung der Länderkammer.

Die zuständigen Ausschüsse des Bundesrates hatten dem Plenum vor der Beratung mehrere Änderungen empfohlen. Die Parlamentarische Staatssekretärin Brigitte Zypries wies in ihrer Rede auf die Einigung der Bundesregierung mit den Ländern vom 1. April hin: Der Bundeswirtschaftsminister sei den Ländern entgegengekommen. "Weiter können wir nicht gehen, wenn wir nicht die grundlegenden Ziele der EEG-Reform verfehlen wollen", so Zypries. Die Reform soll den Kostenanstieg für Stromverbraucher begrenzen und in diesem Zusammenhang auch eine stabile Rechtsgrundlage für die strom- und handelsintensiven Unternehmen hinsichtlich der Ausnahmen von der EEG-Umlage

schaffen.

Die Parlamentarische Staatssekretärin appellierte dafür, die Reform des EEG in ihrer Komplexität zu betrachten, und nicht lediglich einzelne Aspekte davon: "Wir haben gemeinsam die Aufgabe, eine verlässliche, saubere und bezahlbare Versorgung Deutschlands mit Strom sicherzustellen", so Zypries.

Der Ausbau der Erneuerbaren geht weiter – aber systematischer und planvoller

Am Anfang galt bei der Energiewende das Motto "Je schneller, desto besser". Heute müsse man sagen: "Je systematischer und je planvoller, desto besser", erklärte Zypries. Die von der Bundesregierung vorgelegte Reform soll das Ausbautempo der Erneuerbaren, die schrittweise Absenkung ihrer Förderung und ihre Marktintegration planbar machen.

Die Reform des EEG bremse dabei die Energiewende keineswegs ab: Bei den Ausbaupfaden für Windenergie und Photovoltaik werde die Höhe nicht verringert, sondern verstetigt, und sogar weiter ausgebaut. Damit werden die beiden kostengünstigsten Formen der erneuerbaren Energien die Energiewende weiterhin tragen.

Beim Ausbaupfad für die eher kostenintensive Biomasse erfolgt eine Festlegung auf die Verwendung von Reststoffen und auf 100 Megawatt pro Jahr. Damit halte sich die Bundesregierung exakt an die Vereinbarung vom 1. April, erklärte Zypries. Neben kostenintensiven Energieträgern sollen auch Überförderung abgebaut werden.

Systemwechsel zu Direktvermarktung und Ausschreibungen

Nach Auffassung der Bundesregierung ist für die Zukunft der erneuerbaren Energien ein Systemwechsel notwendig. Die Reform des EEG stelle hierfür die Weichen, so die Parlamentarische Staatssekretärin. Zum einen geht es dabei um die Pflicht zur Direktvermarktung für neue Anlagen.

Zum anderen geht es darum, die Förderung der Erneuerbaren mittelfristig auf Ausschreibungen umzustellen. Mit dem Gesetzentwurf lege man die Grundlagen dafür: "Es wird jetzt zunächst Pilotprojekte für Ausschreibungen von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen geben", so Zypries. "Damit sammeln wir die Erfahrung, die wir brauchen, um das Fördersystem in einem nächsten Schritt für alle erneuerbaren Energien auf Ausschreibungen umzustellen."

Bis spätestens 2017 wolle man komplett auf Ausschreibungen umstellen, so Zypries. Dazu sei man auch durch die neuen Beihilfeleitlinien der EU-Kommission gezwungen.

Energiewende wieder eine berechenbare Größe für die Wirtschaft

Der mit der EU-Kommission gefundene Kompromiss bei den Ausnahmen für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen bringe den deutschen Unternehmen Planungssicherheit. "Die Energiewende wird kostenseitig wieder zu einer berechenbaren Größe für unsere Wirtschaft", sagte die Parlamentarische Staatssekretärin.

Dadurch sei die Gefahr, Hunderttausende Industriearbeitsplätze zu verlieren, gebannt. Sie wies aber zugleich darauf hin, dass die Regeln für die stromintensive Industrie nicht Überhand gewinnen dürfen. Man bewege sich hier auf einem schmalen Grad. Weitere Ausnahmen würden nur die

umlagepflichtige Strommenge verringern und so die EEG-Umlage steigern.

So geht es im parlamentarischen Verfahren weiter

Da es sich beim EEG um ein sogenanntes Einspruchsgesetz handelt, bedarf es der Zustimmung des Bundesrats nicht. Dieser kann aber den Vermittlungsausschuss anrufen.

Die Abstimmung im Bundestag ist für Ende Juni, im Bundesrat für Mitte Juli geplant. Das neue EEG soll am 1. August 2014 in Kraft treten.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Zur Rede der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries im Bundesrat](#)

[\[→ Zur BMWi-Themenseite "EEG-Reform"](#)

kontrovers

"Brauchen wir trotz des steigenden Anteils erneuerbarer Energien weiterhin Kohlekraftwerke?"

Zu dieser Frage äußern sich Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, und Prof. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND.

MICHAEL VASSILIADIS



© Helge Krückeberg / IG BCE

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE):

"Im Jahr 2011 hat die Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Doch es verstrich viel Zeit, bis endlich ernsthaft begonnen wurde, die energiepolitischen Rahmenbedingungen den Konsequenzen des Atomausstiegs und des beschleunigten Ausbaus erneuerbarer Energien anzupassen. Die Energiewende drohte stecken zu bleiben, ehe sie zielgerichtet Fahrt aufgenommen hatte. Es bedurfte schon einer Kraftanstrengung der Bundesregierung und insbesondere des Bundeswirtschaftsministers, den dringend

erforderlichen Neustart auf den Weg zu bringen. Eine Energiewende 2.0 gewinnt Kontur, wir begrüßen das ausdrücklich.

Die IG BCE streitet für eine ökonomisch, sozial und ökologisch ausbalancierte Energiewende. Es wäre nur kontraproduktiv, wenn diese Aspekte gegeneinander ausgespielt würden. Erforderlich ist jetzt eine Roadmap für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Der Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien ist lang.

Wir stehen vor der strategischen Herausforderung, Investitionsanreize in Innovationen mit Kosteneffizienz zu verbinden. Das gilt für die Erneuerbaren selbst, das gilt beispielsweise aber auch für Speichertechnologien, Netzausbau, Gebäudesanierung und den Verkehr. Wir dürfen dabei unsere Volkswirtschaft nicht überfordern.

Um auf der gesamten Strecke die Versorgungssicherheit aufrechterhalten zu können, müssen Brücken gebaut werden – Brücken aus Kohle und Gas. Die Braunkohle beispielsweise sichert eine wettbewerbsfähige Stromversorgung auch dann, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.

Die IG BCE hat vorgeschlagen, eine Steinkohle-Verstromungsgesellschaft zu gründen. Auch dies dient der Versorgungssicherheit; es schafft größere Sicherheit, wenn Kraftwerke konzentriert und in ein Gemeinschaftsunternehmen eingebracht werden, das für den optimalen Einsatz der notwendigen

Kraftwerke sorgt. Eine Energiepolitik für Nachhaltigkeit und Fortschritt muss Wirtschaftskraft und Versorgungssicherheit erhalten, Innovationen fördern und mit Klimaschutzziele verbunden sein."

PROF. HUBERT WEIGER



© Puder / BUND

Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND):

"Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist Voraussetzung für mehr Klimaschutz und zugleich logische Folge des Zukunftsprojekts Energiewende. Der Umstieg von atomaren und fossilen Energiequellen auf eine 100prozentig erneuerbare Stromerzeugung bedeutet einen grundlegenden Wandel in unserem Energieversorgungssystem.

Dabei werden Kohlekraftwerke nicht nur zunehmend überflüssig, sondern auch zum Hindernis für die Energiewende. Sie sind klimaschädlich, unflexibel, teuer und stoßen Schadstoffe wie zum Beispiel Quecksilber aus. Neue Windkraft- (vor allem die an Land) oder Solarenergie-Anlagen produzieren bereits jetzt Strom zu gleichen Preisen wie Kohle- oder Gaskraftwerke. Die Tatsache, dass in Deutschland 2013 so viel Kohlestrom produziert wurde wie zuletzt vor 20 Jahren, belegt nicht etwa dessen Notwendigkeit. Vielmehr ist sie Hinweis auf das eklatante Versäumnis der Bundesregierung, für mehr Klimaschutz und ein Auslaufen des die Landschaft zerstörenden Braunkohleabbaus zu sorgen.

Aber auch die EU-Politik ist in der Pflicht. Sie muss den CO₂-Zertifikatehandel grundlegend reformieren. Der Preis für die Zertifikate muss drastisch steigen, damit die pro erzeugte Kilowattstunde am meisten Treibhausgase emittierenden Kohlekraftwerke sukzessive stillgelegt werden.

Ohne Subventionen für die Braunkohle wäre Kohlestrom längst unbezahlbar. Der Ruf nach Rettung unwirtschaftlich gewordener Kohlekraftwerke mithilfe sogenannter "Kapazitätszahlungen" ist ein hilfloser Versuch der Stromkonzerne, den Kohleausstieg so lange wie möglich hinauszuzögern. Aufhalten lässt er sich nicht mehr.

Deshalb ist es nur vernünftig, den geordneten Abschied von der Kohleverstromung voranzubringen. Statt über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Wind- und Sonnenstrom zu "deckeln" und die dynamische Bürgerenergie-wende auszubremsen, muss die Bundesregierung umgehend dafür sorgen, dass Kohlekraftwerke die Netze freimachen, in die regenerative Energien immer stärker drängen.

Wenn der politische Wille da ist, ist ein Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 möglich. Und je früher die Bundesregierung die zentralen Themen Stromeinsparung und Energieeffizienz anpackt, desto schneller kann auf Kohlestrom verzichtet werden."

Erneuerbare Energien boten im Jahr 2013 über 370.000 Menschen Arbeit

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Strom-, Wärme- und Biokraftstofferzeugung bot im Jahr 2013 insgesamt rund 371.400 Menschen Arbeit. Davon können 261.500 Arbeitsplätze auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zurückgeführt werden.



© Vonderlind / BMWi

Staatssekretär Rainer Baake: "Die erneuerbaren Energien sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und bieten vielen Menschen Arbeit. Der Beschäftigungsrückgang in der Photovoltaikbranche zeigt, dass der unkontrollierte Ausbau erneuerbarer Energien in den letzten Jahren nicht nachhaltig war. Deswegen sind im EEG-Gesetzentwurf Ausbaukorridore für erneuerbare Energien enthalten, die Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte schaffen."

Gegenüber dem Vorjahr ist insgesamt ein leichter Rückgang des Beschäftigungsniveaus zu verzeichnen. Dieser ist im Wesentlichen auf die Photovoltaikbranche zurückzuführen, wo die Zahl der Beschäftigten von 100.300 im Jahr 2012 auf rund 56.000 im Jahr 2013 zurückgegangen ist. Demgegenüber konnte in der Windbranche ein Zuwachs der Beschäftigung verzeichnet werden, so dass die Windenergie nunmehr den größten Beitrag zur Gesamtbeschäftigung aus erneuerbaren Energien leistet.

Die jetzt veröffentlichten Zahlen sind das Ergebnis eines vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten Forschungsvorhabens der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS; Projektleitung), des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) sowie der Prognos AG.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> Zum vollständigen "Bericht zur Bruttobeschäftigung durch erneuerbare Energien in Deutschland](#)

[\[> Jahr 2013"](#)

[\[> Zur BMWi-Themenseite "Erneuerbare Energien"](#)

Betreiber sind für geordnete Beendigung der Kernenergie-Nutzung verantwortlich

Die uneingeschränkte Verantwortung für eine geordnete Beendigung der Kernenergie-Nutzung liegt bei den Betreibern der Kraftwerke. Zu möglichen Plänen der Energiekonzerne für eine sogenannte Atomstiftung für Kernkraftwerke liegt dem BMWi kein Konzept vor.



© Kara / fotolia.com

Die Idee einer Stiftung für Kernkraftwerke unter Beteiligung des Bundes – sogenannte Atomstiftung – wird in letzter Zeit in den Medien intensiv diskutiert. Hintergrund der aktuellen Diskussion sind Presseberichte über Pläne der kernkraftwerkbetreibenden Energieversorgungsunternehmen, ihre Nuklearaktivitäten inklusive der Rückstellungen in eine öffentlich-rechtliche Stiftung einzubringen.

Entsprechende Überlegungen wurden seitens der Energieversorgungsunternehmen in allgemeiner Form zwar Mitgliedern der Bundesregierung vorgetragen. Konkrete Pläne sind der Bundesregierung allerdings nicht vorgestellt worden.

Auch dem Bundeswirtschaftsministerium liegt kein Konzept dazu vor. Deshalb hat es weder Verhandlungen der Bundesregierung mit Vertretern der Energiekonzerne zu dieser Thematik

gegeben, noch gibt es dazu Beschlüsse innerhalb der Bundesregierung. Falls die Energieversorger der Bundesregierung konkrete Vorschläge präsentieren, stünde das Bundeswirtschaftsministerium für Gespräche bereit und würde diese Vorschläge prüfen.

Fest steht: Die uneingeschränkte Verantwortung für den sicheren Auslaufbetrieb der Kernkraftwerke, die Stilllegung, der Rückbau und auch die Zwischenlagerung des Atommülls liegt bei den Energieversorgungsunternehmen. Diese haben uneingeschränkt sämtliche Kosten der Stilllegung, des Rückbaus sowie der Endlagerung zu tragen. Dafür haben die Unternehmen zu den Bilanzstichtagen im Jahr 2013 in den Handelsbilanzen Rückstellungen in Höhe von ca. 36 Milliarden Euro gebildet. Es muss gewährleistet sein, dass die finanziellen Mittel für diese Zwecke jederzeit gesichert zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden. Die volle Kostenverantwortung liegt bei den Unternehmen. Dieses System hat sich aus Sicht der Bundesregierung bewährt.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> Zur BMWi-Themenseite "Uran und Kernenergie"](#)

Mitreden beim Netzausbau

Bürgerinnen und Bürger können bei der Planung und beim Bau von neuen Stromleitungen während des gesamten Prozesses immer wieder mitreden – so auch aktuell bei den Konsultationen zum Szenariorahmen 2025.



Beim Netzausbau wurden verschiedene Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger geschaffen, damit sie sich während des gesamten Prozesses immer wieder einbringen können – so etwa bei den Konsultationen zum Szenariorahmen 2025.

Er beschreibt die wahrscheinliche Entwicklung der installierten Kapazitäten erneuerbarer Energien und der konventionellen Kraftwerke sowie des Stromverbrauchs in den kommenden 10 beziehungsweise 20 Jahren.

Mit dem Start der Konsultation des vierten Szenariorahmens hat am 12. Mai 2014 der Prozess begonnen, der den notwendigen Netzausbau bis zum Jahr 2025 ermittelt. Die interessierte Öffentlichkeit hat innerhalb der Konsultationsfrist die Möglichkeit, sich an der Diskussion zu beteiligen. Hierzu bietet die Bundesnetzagentur zum Beispiel am 28. Mai 2014 in Berlin einen [Workshop](#) an.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> Zur Informationsplattform der Bundesnetzagentur](#)

[\[> Zur Informationsplattform der Übertragungsnetzbetreiber](#)

Zukunftsweisende Schulbauprojekte erhalten den BMWi-Preis "Energieeffiziente Schule 2014"

In der vergangenen Woche wurden in Berlin vorbildhafte, energieoptimierte Schulbauprojekte mit dem BMWi-Preis "Energieeffiziente Schule 2014" ausgezeichnet. Die feierliche Preisverleihung fand im Rahmen der Berliner Energietage statt.



Staatssekretär Rainer Baake betonte: "Investitionen in energieeffiziente Schulen sind Investitionen in

die Zukunft unserer Kinder und von uns allen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie setzt mit der Forschungsinitiative 'EnOB-Energieoptimiertes Bauen' auf die energieeffiziente Schule der Zukunft. Im Ideenwettbewerb 'Schule 2030 - Lernen mit Energie' sollen Energieinnovationen in Schulen angestoßen und Multiplikationseffekte angeregt werden - vom einzelnen Schüler bis zur kommunalen Ebene. Die prämierten Schulbauprojekte zeigen, dass ambitionierte Vorhaben heute schon möglich sind. Ich gratuliere allen Preisträgern, die mit Ihren Projekten Maßstäbe für die energieeffiziente Schule der Zukunft setzen."

In der Kategorie Sanierung erhielten folgende vier Schulprojekte einen Preis:

- der Zweckverband Schul- und Sportzentrum Lohr für die Sanierung des dortigen Schul- und Sportzentrums zum Plusenergiestandard (dazu Sonderpreis für das innovative Lüftungskonzept),
- die Hansestadt Rostock für die Sanierung der Schule in Reutershagen zur Plusenergieschule,
- die Landeshauptstadt Stuttgart für die Sanierung zur Plusenergieschule in Stuttgart-Rot sowie
- der Kreis Lippe für die Sanierung des Berufskollegs Detmold zur Plusenergieschule (dazu Sonderpreis für das innovative Beleuchtungskonzept).

In der Kategorie Neubau wurden zwei Schulprojekte prämiert:

- der Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz für den Neubau des Plusenergie-Gymnasiums Willibald-Gluck (dazu Sonderpreis für den innovativen, partizipativen Planungsprozess) sowie
- die Stadt Ostfildern für ihre CO₂-neutrale Grundschule (dazu Sonderpreis für die innovative Energieversorgung).

Ein weiterer Sonderpreis wurde an die Stadt Weimar übergeben für das innovative Wärmeschutzkonzept bei der energetischen Sanierung der örtlichen Grundschule. Eine lobende Erwähnung erhielt außerdem die Stadt Nürnberg für einen vorbildhaft erstellten Leitfaden für Ausschreibungsunterlagen für klimaneutrale Schulen.

Neben einem Preisgeld von insgesamt 100.000 Euro erhielten die Preisträger eine vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, unterzeichnete Urkunde.

Das BMWi hat im November 2013 den Ideenwettbewerb "Schule 2030 - Lernen mit Energie" ausgelobt mit dem Ziel, zukunftsweisende Beiträge für energetisch hocheffiziente und innovative Schulbauprojekte zu prämiieren. Die eingereichten Planungsentwürfe mussten die multidisziplinär besetzte Fachjury gestalterisch, konzeptionell und technologisch überzeugen. Am Wettbewerb teilnehmen konnten Architekten, Fachplaner, Schulträger oder Arbeitsgemeinschaften.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Zum BMWi-Preis 2014 "Schule 2030 - Lernen mit Energie"](#)

Altersvorsorge für Solarthermie

Solarkollektoren altern unter extremen klimatischen Bedingungen wie Hitze, Kälte oder salzhaltige Luft besonders schnell. Um die Anlagen haltbarer zu machen, entwickelt ein Forschungskonsortium um das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (Fraunhofer ISE) Alterungstests.



Wissenschaftler des Fraunhofer ISE untersuchen die Alterung von Solarkollektoren, hier in der israelischen Wüste Negev. © Fraunhofer ISE

Über ein Auto, das schon nach drei Jahren wegen Durchrostung den Geist aufgibt, würde sich jeder Käufer ärgern. Genau so ist es auch bei Photovoltaik-Kollektoren. Auch diese Anlagen sind langfristige Investitionsgüter, ihre Haltbarkeit von großer Bedeutung. Bisher gehen die Hersteller von einer Lebensdauer von 20 Jahren aus. Allerdings wissen sie noch nicht genug über das Alterungsverhalten der Anlagen unter extremen Witterungsbedingungen, wie sie in alpinen Bergregionen, Wüsten oder an Meeresküsten herrschen.

Im Projekt "SpeedColl" arbeiten Forscher des Fraunhofer ISE, des Instituts für Thermodynamik und Wärmetechnik (ITW) der Universität Stuttgart und 20 Unternehmen daran, beschleunigte Alterungstests für Solarkollektoren zu entwickeln. Kollektoren sind die am stärksten belasteten Komponenten einer thermischen Solaranlage.

Salzluft lässt Photovoltaik-Kollektoren altern

Photovoltaik-Kollektoren sind je nach Standort hohen Temperaturen und teils wechselnden, teils extremen Witterungsbedingungen ausgesetzt. Sonnenreiche, dicht besiedelte Küstengebiete eignen sich beispielsweise gut für die Nutzung thermischer Solaranlagen. Doch dort sind die Anlagen neben einer hohen UV-Strahlung und hoher Feuchtigkeit zusätzlich salzhaltiger Luft ausgesetzt. Das beschleunigt ihre Alterung.

Um mehr über das Alterungsverhalten herauszufinden, entwickeln die Forscherinnen und Forscher

Schnellprüfverfahren. Um eine lange Lebensdauer zu simulieren, können zum Beispiel eine gegenüber normalem Tageslicht erhöhte UV-Strahlung und Klimakammern mit Salznebel-Tests eingesetzt werden. Die beschleunigten Tests ermöglichen Vorhersagen dazu, wie lange bestimmte Kollektoren unter welchen Bedingungen und mit welcher Leistung in Betrieb gehalten werden können.

Teststände in Gran Canaria, Israel und auf der Zugspitze

Die nun zu entwickelnden beschleunigten Testverfahren basieren unter anderem auf langfristigen Messungen an Orten mit extremen Witterungsbedingungen. Diese Teststände befinden sich auf der Zugspitze, in Freiburg, Stuttgart, auf Gran Canaria, in Indien sowie in der israelischen Wüste Negev.

Schnellprüfverfahren liefern einerseits wertvolle Hinweise für die Entwicklung neuartiger Kollektoren, andererseits ist die so gegebene Qualitätsgarantie ein entscheidendes Wettbewerbskriterium für die deutsche Industrie. Die Ergebnisse können dazu beitragen, die Exportchancen zu erhöhen und Risiken für potenzielle Käufer zu minimieren. Werden die Test-Ergebnisse von "SpeedColl" in der Kollektorkonstruktion und Materialauswahl künftig berücksichtigt, ließe sich eine weitere Verbesserung der Haltbarkeit erzielen. Noch bis Frühjahr 2015 wird das Projekt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert. Bis dahin werden umfangreiche Testergebnisse erwartet.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[↪ Zum Forschungsprojekt "SpeedColl"](#)

Zitat der Woche



© bne e.V.

"Wer seinen Stromanbieter wechselt, zahlt im Schnitt über zwei Cent weniger pro Kilowattstunde als Kunden in der Grundversorgung. Ein funktionierender Wettbewerb ist damit das beste Mittel, um die vor allem durch die verschiedenen Umlagen ausgelösten Preissteigerungen beim Strom abzumildern. Mehr Marktmechanismen sind auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien

notwendig, um diesen zukunftsfest zu gestalten. Mit dem neuen EEG wird hier ein richtiger Schritt getan."

Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbandes Neuer Energieanbieter e.V. (bne)

Pressestimmen

Die Energiewende und die aktuelle Reform des EEG sind weiter große Themen in den Medien. In unserer Rubrik "Pressestimmen" haben wir für Sie einige interessante Artikel dazu ausgewählt.



Frankfurter Rundschau, 25.05.2014: Eine echte Energiewende bringt Europa weiter!

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind der Schlüssel für Europa, die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren, schreibt Kumi Naidoo, Direktor von Greenpeace International, in seinem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau.

<http://www.fr-online.de/meinung/gastbeitrag-eine-echte-energiewende-bringt-europa-weiter-,1472602,27236776.html>

WirtschaftsWoche, 23.05.2014: Power to Gas: Das ist das wohl sauberste Erdgaskraftwerk der Welt

Bisher gibt es kaum Möglichkeiten, um in Deutschland Wind- und Sonnenstrom im großen Stil zu speichern. Experten des Potsdamer GeoForschungsZentrums (GFZ) haben nun eine neue Idee entwickelt über die die WirtschaftsWoche berichtet.

<http://green.wiwo.de/power-to-gas-das-ist-das-wohl-sauberste-erdgaskraftwerk-der-welt>

Tagesspiegel, 23.05.2014: Siemens und der Koloss vor Sylt

Die Netzanbindung für Windenergiekraft auf hoher See ist eine Herausforderung. In Rostock wird derzeit die Offshore-Plattform Sylwin 1 fertig gestellt, wie Der Tagesspiegel berichtet.

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/offshore-windkraft-siemens-und-der-koloss-vor-sylt/9936380.html>

Handelsblatt, 21.05.2014: Verkehrte Welt an der Strombörse

Die deutsche Energiewende beeinflusst in großem Maße den Stromeinkauf an der Börse, schreibt das Handelsblatt. An den Strombörsen wartet man auf die Einführung eines neuen Marktmodells.

<http://www.handelsblatt.com/technologie/das-technologie-update/energie/energiewende-verkehrte-welt-an-der-stromboerse-/9925444.html>

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.05.2014: Die Sintflut aus dem Eis

"Die Bilder aus der Antarktis sind majestätisch. Eisberge, Gletscher und Eisplatten im Meer und am Festland sind noch immer riesig." Das, und wie das Eis in der Antarktis schmilzt, zeigt die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/klima/erwaermte-antarktis-die-sintflut-aus-dem-eis-12942921.html>

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Newsletter im PDF-Format

Laden Sie hier die aktuelle Newsletter-Ausgabe von "Energiewende direkt" als PDF-Datei herunter:

[Druckversion der Newsletter-Ausgabe 16 \(PDF, 677 KB\)](#)

© 2022 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz |
Impressum | Datenschutz

